



Mitteilungsvorlage

Nr.: MV/266/2022 / öffentlich

Personalbedarf der Stadt Friesoythe für den Bereich Tiefbau

Beratungsfolge:

Gremium	frühestens am
Ausschuss für Straßen, Wege, Kanalisation, Digitalisierung	28.09.2022
Verwaltungsausschuss	05.10.2022

Sach- und Rechtsdarstellung:

In der Sitzung des Ausschusses für Straßen, Wege, Kanalisation, Digitalisierung stehen verschiedene investive Straßenbauprojekte einschl. des jährlichen Straßenausbauprogramms zur Beratung an. In der Summe sind diese Projekte mit einem Gesamtbauvolumen von rd. 2,1 Mio. € verbunden.

Hinzu kommen für den Tiefbaubereich die Großprojekte Stadtsanierung und Entlastungsstraße, so dass die in den Haushalt 2023 einzustellende Summe wiederum bei mindestens 4 Mio. € liegen wird.

Für sich alleine betrachtet wäre dieses Arbeitsprogramm vom Tiefbauteam des Fachbereichs 3 der Stadtverwaltung durchaus in einem Jahr leistbar. Zu sehen ist aber, dass in 2023 aller Voraussicht nach noch Haushaltsreste „abzuarbeiten“ sein werden, die ein Vielfaches dieser Summe beinhalten.

In 2022 stehen folgende Investitions-Mittel für den Tiefbaubereich zur Verfügung:

Haushaltsmittel 2022	6.512.000 €
Haushaltsreste	8.238.100 €
Gesamtsumme	14.750.100 €

Umgesetzt werden in 2022 rd. 5 Mio. €, also rd. ein Drittel der bereitgestellten Mittel.

Dieser Zustand ist sowohl für die Mitarbeiter*innen als auch für den Rat und die Bevölkerung nicht zufrieden stellend.

Nun sind nicht alle für Tiefbaumaßnahmen veranschlagte Kosten auch explizit vom Tiefbauamt abzuarbeiten, die soziale Dorfentwicklung oder auch die Maßnahmen im Rahmen von „Perspektive Innenstadt“ könnten teilweise herausgerechnet werden, auch wenn die Tiefbauabteilung hier zuarbeiten muss. Andererseits fallen auch im Ergebnishaushalt erhebliche Mittel für Straßenbaumaßnahmen an, insbesondere sind da die jährlichen Straßenunterhaltungen zu nennen.

In der öffentlichen Verwaltung gibt es verschiedene Methoden, den Personalbedarf eines technischen Bauamtes zu ermitteln. Gängig ist die HOAI-Methode, die in der Informations-Broschüre von Management-Consult ausführlich dargestellt ist. Der entsprechende Auszug ist der Vorlage beigelegt.

Die HOAI-Methode geht davon aus, dass bei einer externen Begleitung von Baumaßnahmen Ingenieurkosten anfallen würden, die dann wiederum über die Personalkosten einzelner Funktionen (Fachingenieur*in, Fachingenieur*in, Schreibkraft) in Stellen umgerechnet werden. Dies gilt also bei Maßnahmen, die ohne externe Unterstützung von hauseigenen Kräften umgesetzt werden.

Bei Maßnahmen, mit denen externe Ingenieur*innen beauftragt sind sind in den jeweiligen Leistungsphasen nur Teile der jeweiligen Aufgaben von hauseigenen Kräften zu begleiten, in der Summe etwa 30 %.

Die sich ergebenden Basishonorarsätze werden mit einem „Belastungszuschlag“ von 30 % versehen, weil behördentypische Aufgaben anfallen, die in den Leistungsphasen der HOAI gar nicht abgebildet sind. Das sind z.B. die Anliegerversammlungen, die Vorbereitung der politischen Beschlüsse, haushalterische Aufgaben usw.

Die sich ergebenden Gesamthonorare werden dann in Funktionsstellen umgerechnet. Das Verfahren kann auf Wunsch in der Sitzung nochmals eingehender erläutert werden.

Die Verwaltung hat aufgrund dieser Basis für die Haushaltsdaten 2022 eine solche Berechnung erstellt, wobei davon ausgegangen wurde, dass in diesem Jahr rd. 5 Mio. € „verbaut“ werden (s.o.).

Angenommen wird, dass 2 Mio. € für große Maßnahmen anfallen, die extern begleitet werden, und die wurden auf 4 Projekte verteilt. Die verbleibenden 3 Mio. € verteilen sich tatsächlich auf eine Vielzahl von Projekten (rd. 20). Aus Vereinfachungsgründen wurde hierfür ein Mittelwert an Baukosten angenommen.

Beim Personal wird von folgendem Team ausgegangen:

2,5 Fachingenieure

Tatsächlich sind 3 Fachingenieure im Fachbereich 3 tätig, von denen eine Kraft aber auch für die Abwasserbeseitigung und die Straßenbeleuchtung zuständig ist.

1,0 Bauzeichner

0,25 Schreibkraftstelle

Die Berechnung (siehe Anlage) geht naturgemäß von Netto-Werten aus, da die Umsatzsteuern bei der Stadt ja nicht anfallen. Im Ergebnis kann man folgendes festhalten:

1. Um die Bausumme von rd. 5 Mio. € im Tiefbau umzusetzen, bedürfte es mehr Personal. Rein rechnerisch nach der HOAI-Methode fehlen 3,75 Vollzeitstellen.
2. Mit dem vorhandenen Personal könnten nur rd. 2,4 Mio. € umgesetzt werden.

Nun kann man diskutieren, ob die %-Sätze in jedem Fall richtig gewählt wurden, wie das Team sinnvoll ergänzt werden könnte, gleichmäßig mit Fachingenieur*innen, Bauzeichner*innen und Schreibkräften oder ob hier andere Aufgabenverteilungen sinnvoller sind, z.B. anteilig mehr Bauzeichner*innen usw.

Aktuell ist trotz allem festzustellen, dass das Bauamt im Tiefbaubereich nicht mehr leisten kann als das, was aktuell bearbeitet wird. Neue Zusatzprojekte sind deshalb immer unter der Prämisse „Realsierbarkeit“ zu sehen. Auch sollten Rat und Verwaltung im Blick behalten, in welchem Zeitrahmen Maßnahmen realisierbar sind, z.B. die erwünschten neuen Wohngebiete oder auch Gewerbe- und Industrieflächen. Das bedeutet nicht, dass man diese „auf die lange Bank“ schieben sollte, es muss aber entschieden werden, wie man die Umsetzung tatsächlich organisieren kann.

Derzeit mag es eine Sondersituation geben, da mit der Stadtsanierung und der Entlastungsstraße zwei Großprojekte am Start sind, die erhebliche Kapazitäten binden.

Bei der Stadtsanierung werden pro Jahr im Schnitt 1 Mio. € „verbaut“. Die Sanierungsbegleitung durch das Fachbüro beschränkt sich auf die fördertechnischen Aspekte, rein technisch ist die Stadtsanierung eine typische stadteigene Maßnahme. Rechnet man dies über die HOAI-Methode aus, ergibt sich ein Gesamthonorar von gut 100.000 €. Das wären also ein Fachingenieur und eine halbe Bauzeichner-Stelle.

Bei der Entlastungsstraße kann man pro Jahr auch 1 Mio. € ansetzen, die Maßnahme wird aber von einem externen Büro begleitet. Daraus resultieren Honorarkosten von rd. 32.000 €, immerhin eine halbe Stelle Fachingenieur.

Nicht mit betrachtet wurde bei der Berechnung auch der erhebliche Aufwand für Kleinstmaßnahmen, die im täglichen Arbeitsablauf immer wieder anfallen. Da sind kleinere Schäden an Gemeindestraßen zu nennen, die von der Bevölkerung gemeldet werden, und bei denen eine hohe Erwartungshaltung gegenüber der Stadt besteht. Oftmals müssen die Kollegen des Fachbereichs 3 zudem Außentermine wahrnehmen, bei denen Bürger ihren Unmut über gewisse Zustände äußern,

die dann aber gar nicht von der Stadt zu beheben sind.

Auch Projekte anderer Straßenträger führen bei der Stadt häufig zu personellen Mehrbelastungen, wofür der aktuelle Glasfaserausbau im Kernort ein gutes Beispiel ist. Die Stadt ist in die Auftragsvergabe etc. nicht eingebunden, hat auch keine Weisungsbefugnis gegenüber den ausführenden Firmen, muss sich aber um jede Baustelle intensiv kümmern. Derzeit ist ein Fachingenieur mindestens einen Tag in der Woche damit beschäftigt, Kontrollen durchzuführen und sich um Nachbesserungen zu kümmern.

Nun mag man argumentieren, „früher“ ging das doch auch mit dem vorhandenen Personal. Richtig ist aber, dass die Stadt Friesoythe zumindest in den letzten 8 Jahren kontinuierlich hohe Haushaltsreste im Tiefbaubereich übertragen hat. Die letztlich umgesetzten Maßnahmen beliefen sich im Schnitt auf 2,5 Mio. €. In 2015 waren rd. 7 Mio. € im Haushalt bereitgestellt, von denen nur 1,8 Mio. € umgesetzt wurden.

Ein weiteres Argument zur Widerlegung der Berechnung könnte sein, dass man auf die Personalaufstockung im Fachbereich 3 hinweist. Es trifft zu, dass vor zwei Jahren ein zusätzlicher Fachingenieur für den Tiefbaubereich eingestellt wurde. Dieser hat aber einen Techniker ersetzt, der in Rente gegangen ist und das Straßenprogramm der Stadt abgearbeitet hat. Zudem ist die Stelle einer Bauzeichnerin nicht wieder besetzt worden, die leider verstorben ist.

Die Mitteilungsvorlage dient nicht dazu, zusätzliches Personal für den Stellenplan 2023 anzumelden. Dies mag Sinn machen für eine halbe Bauzeichner-Stelle. Eine grundsätzliche, weiter gehende Personalaufstockung würde aber bedeuten, dass man langfristig an das neue Personal gebunden wäre. Wenn die Stadtsanierung und die Entlastungsstraße abgeschlossen sind, werden wieder Kapazitäten frei, was zwangsläufig zu einer Entlastung führt.

Hinzu kommt, dass Fachpersonal derzeit nur schwer zu finden ist. Ebenso ist es aktuell nicht einfach, Fachbüros mit freien Kapazitäten für die Begleitung der Maßnahmen zu finden. Dies mag sich schon in einem Jahr geändert haben, dann wären aber beide Optionen leichter umzusetzen.

Die Verwaltung möchte mit dieser Vorlage dafür werben, dass bei mehr Maßnahmen als bislang externe Büros herangezogen werden, damit die Verwaltung entlastet wird und sich mehr um die Aufsicht der Baustellen kümmern kann. Wie das Beispiel Stadtsanierung/Entlastungsstraße zeigt, kann ein*e Fachingenieur*in das Dreifache an Bauvolumen „umsetzen“, wenn diese Person auf ein externes Büro zurückgreifen kann.

Anlagen

2022 09 17 Management consult HOAI-Methode

2022 09 17 Honorar eigene Projekte

2022 09 17 Honorar extern begleitete Projekte

2022 09 17 Personalkosten-Bauvolumen

Bürgermeister